Monitor Patientenberatung 2016

Im Juni wurde in Berlin der *Monitor Patientenberatung 2016* der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) vorgestellt. Auf Basis von rund 94.000 Beratungen im Jahr 2016 zeigt der Monitor Probleme und Herausforderungen von Patienten im deutschen Gesundheitssystem auf. Besondere Beratungsschwerpunkte waren u. a. die Themen Krankengeld, Behandlungsfehler, Inanspruchnahme von Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL), Einsichtsrecht in die Patientenakte sowie zahnmedizinische Leistungen.

Zum Thema Krankengeld suchten Patienten im Berichtsjahr mehr als 10.000-mal Rat bei der UPD. Insbesondere zwei Problemlagen spielten dabei eine Rolle: Das Risiko, den Krankengeldanspruch zu verlieren und die Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit nach Aktenlage durch den Medizinischen Dienst. Auch im Hinblick auf mögliche Behandlungsfehler wurde vergleichsweise häufig Rat bei der UPD gesucht (fast 4.700-mal). Aus Sicht der UPD empfinden es Ratsuchende häufig als entmutigend, dass die Beweislast für den Behandlungsfehler bei ihnen liegt. Knapp 1.600-mal wandten sich Bürger an die Unabhängige Patientenberatung, um sich über das Einsichtsrecht in die Krankenunterlagen beraten zu lassen. Hierbei sei häufig geschildert worden, dass Ärzte die Einsichtnahme pauschal verweigerten, einschränken, hinauszögern oder sogar hohe Kosten ankündigen würden, so der Monitor Patientenberatung. Aus Sicht des damaligen Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, ist dies ein unhaltbarer Zustand.

MEHR INFOS:
www.patientenberatung.de

Übergewicht oder Fettleibigkeit in den OECD-Ländern

Wie die *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) im Mai mitteilte, leiden in den OECD-Ländern immer mehr Menschen unter Übergewicht oder Fettleibigkeit. Im Schnitt sind mehr als die Hälfte der Erwachsenen sowie jedes sechste Kind davon betroffen. Die OECD-Statistiken zeigen, dass in den vergangenen fünf Jahren der Anteil Fettleibiger weiter zugenommen hat - allerdings mit etwas abgeschwächter Dynamik. Besonders ausgeprägt ist das Problem in den USA, Mexiko, Neuseeland und Ungarn. In diesen Ländern gelten mehr als 30 Prozent der erwachsenen Bevölkerung als fettleibig. In Japan und Korea sind es dagegen nur 3,7 bzw. 5,3 Prozent. In Deutschland liegt der Anteil bei 23,6 Prozent (2012).

Auch bei Jugendlichen sind Übergewicht und Fettleibigkeit ein wachsendes Problem. So ist in den 29 OECD-Ländern der Anteil übergewichtiger 15-Jähriger zwischen 2001/02 und 2013/14 von 12 auf 15,5 Prozent gewachsen. Deutschland liegt hier ungefähr im OECD-Schnitt, der Anteil Übergewichtiger wächst jedoch schneller – im gleichen Zeitraum ist er von 11 auf 16 Prozent gestiegen.

Als fettleibig gilt, wer einen Body Mass Index (BMI) von über 30 aufweist. Bei einem BMI von 25-30 spricht man von Übergewicht.

MEHR INFOS:
www.oecd.org

Fehlzeiten-Report 2017

Das *Wissenschaftliche Institut der AOK* (WIdO) hat im September den *Fehlzeiten-Report 2017* vorgestellt. Der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe liegt auf dem Thema „Krise und Gesundheit“. Es wird u.a. aufgezeigt, welche Rolle das Betriebliche Gesundheitsmanagement für die Prävention und Bewältigung von Krisen spielen kann.

Laut einer Befragung des WIdO kommen bei den 2.000 befragten Beschäftigten am häufigsten Konflikte im privaten Umfeld (16 Prozent), eine schwere Erkrankung von Angehörigen (12 Prozent) und finanzielle Probleme (11 Prozent) vor. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Betroffenen an: Etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten unter Dreißig (37,6 Prozent) berichtet über kritische Lebensereignisse, bei den 50- bis 65-Jährigen sind dies schon fast zwei Drittel (64,7 Prozent). Jüngere Erwerbstätige berichten neben privaten Konflikten auch über finanzielle oder soziale Probleme, während bei älteren Erwerbstätigen Krankheit, Altern oder der Tod des Partners eine größere Rolle spielen. Diese kritischen Lebensereignisse belasten die Gesundheit der Betroffenen und beeinflussen auch die Berufstätigkeit. So berichten 58,7 Prozent von körperlichen und 79 Prozent von psychischen Problemen. In der Folge fühlten sich mehr als die Hälfte der Befragten durch die Krise in der eigenen Leistungsfähigkeit in ihrem Berufsleben eingeschränkt (53,4 Prozent). Ähnlich viele Menschen geben an, trotz einer Erkrankung in diesem Kontext zur Arbeit gegangen zu sein (48,8 Prozent). Mehr als ein Drittel fühlte sich aufgrund des kritischen Lebensereignisses unzufrieden mit der Arbeit (37,3 Prozent) oder hat sich häufiger krank gemeldet (34,1 Prozent).

MEHR INFOS:
www.wido.de

Zukunft der Notfallversorgung in Deutschland

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR Gesundheit) hat im September in Berlin im Rahmen eines Werkstattgesprächs seine Überlegungen zur Zukunft der Notfallversorgung in Deutschland vorgestellt. Wesentliche Empfehlungen sind:

Der Rat empfiehlt die Schaffung voll integrierter, regionaler Leitstellen, die über eine bundeseinheitliche Rufnummer erreichbar sind und je nach Patientenanliegen die individuell beste Versorgungsoption wählen. Die integrierten Leitstellen können eine telefonische Beratung durch geschultes Personal sowie durch erfahrene Ärzte anbieten. Je nach Bedarf erfolgt eine direkte Terminvergabe in Praxen niedergelassener Ärzte oder in integrierten Notfallzentren (INZ). Auch Hausbesuche des ärztlichen Bereitschaftsdienstes und Rettungseinsätze werden hier koordiniert. Die sektorenübergreifenden INZ sollen an bestehenden Kliniken angesiedelt werden. Als Träger können Kassenärztliche Vereinigungen und Kliniken gemeinsam agieren. Zur Entlastung der Notfalleinrichtungen sollen die Ausweitung der Sprechzeiten niedergelassener Hausärzte sowie Samstag- und Abendsprechstunden in der vertragsärztlichen Versorgung besonders gefördert werden. Multime-

https://doi.org/10.5771/1611-5821-2017-5-4
Generiert durch IP '3.147.43.246', am 12.10.2024, 10:50:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

diale Aufklärungskampagnen sowie Informationsportale und Notfall-Apps sollen die Bevölkerung über die Angebote der gestuften Notfallversorgung in Deutschland aufklären und bei der Nutzung unterstützen.

Die endgültigen Empfehlungen zur Zukunft der Notfallversorgung will der SVR Gesundheit im 2. Quartal 2018 im Rahmen eines Gutachtens dem Bundesministerium für Gesundheit übergeben.

MEHR INFOS:
www.svr-gesundheit.de

Erster Tätigkeitsbericht des IQTIG

Das *Institut für Qualitätssicherung und Transparenz* (IQTIG) hat im August seinen ersten Tätigkeitsbericht vorgelegt. Er umfasst die Jahre 2015 und 2016 und informiert über die Gründungs- und Aufbauphase sowie das erste Verfahrensjahr des Instituts. Der Bericht stellt die Personal- und Organisationsstruktur des IQTIG dar und beschreibt die gesetzlichen Grundlagen für die Arbeit des IQTIG. Ein Überblick über die erstellten Berichte und Entwicklungsergebnisse sowie ausgewählte Zahlen zur Arbeit des IQTIG runden den ersten Tätigkeitsbericht ab.

Fazit des IQTIG in seinem ersten Tätigkeitsbericht: Seit Übernahme der Funktion als Institut nach § 137a SGB V konnten zwei neue Qualitätssicherungsverfahren durch Beschluss des G-BA gestartet werden – beide im Bereich der Sektorenübergreifenden Qualitätssicherung. Der Start der ersten planungsrelevanten Qualitätsindikatoren in 2017 wurde erfolgreich vorbereitet. 26 QS-Verfahren werden in der Routine fortgeführt und kontinuierlich weiterentwickelt. Zehn Aufträge des G-BA für Neuentwicklungen wurden begonnen. Für sieben von Ihnen liegen Zwischen- oder Abschlussberichte vor.

MEHR INFOS:
www.iqtig.org

Steigende Sozialhilfeausgaben im Jahr 2016

Wie das *Statistische Bundesamt* (Destatis) in Wiesbaden im August mitteilte, wurden im Jahr 2016 in Deutschland 29,0 Milliarden Euro netto für Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“ ausgegeben. Dies entspricht einer Steigerung um 4,5 % gegenüber dem Vorjahr. Von den Nettoausgaben für Sozialhilfeleistungen entfielen 16,5 Milliarden Euro auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (+ 5,3 % zum Vorjahr). Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden 6,1 Milliarden Euro ausgegeben (+ 2,4 %), für die Hilfe zur Pflege 3,8 Milliarden Euro (+ 6,4 %). In die Hilfe zum Lebensunterhalt flossen 1,4 Milliarden Euro (+ 2,3 %) und in die Hilfen zur Gesundheit, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sowie die Hilfe in anderen Lebenslagen zusammen 1,2 Milliarden Euro (+ 1,9 %).

MEHR INFOS:
www.destatis.de

BMG beruft Internationales Beratergremium

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe hat im August sechs hochrangige Expertinnen und Experten in ein „*Internationales Beratergremium zur globalen Gesundheitspolitik*“ berufen. Der Beirat soll das *Bundesministerium für Gesundheit* (BMG) bei der Neuausrichtung der Strategie zur internationalen Gesundheitspolitik beraten. Vorsitzende ist Prof. Dr. Ilona Kickbusch, Direktorin des Global Health Centre, Graduate Institute of International and Development Studies in Genf.

Das neu gegründete Internationale Beratergremium soll Impulse für die Lösung globaler gesundheitspolitischer Herausforderungen geben. Die Gestaltungmöglichkeiten Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft stehen dabei im Fokus. Das nächste Treffen des Internationalen Beratergremiums ist für Ende 2017 vorgesehen, so das Bundesgesundheitsministerium.

MEHR INFOS:
www.bmg.de

Behandlungsfehler: Kasse unterstützen ihre Versicherten

Laut einer von der AOK in Auftrag gegebenen Umfrage wissen mehr als die Hälfte der gesetzlich Versicherten, dass sie von ihrer Krankenkasse im Falle eines vermuteten Behandlungsfehlers Unterstützung erhalten. Danach ist 60 Prozent der Befragten bekannt, dass die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet sind, ihre Versicherten bei der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen aufgrund eines vermuteten ärztlichen Behandlungsfehlers zu unterstützen. Zwei Drittel aller Befragten sind zudem darüber informiert, dass diese Unterstützung der Kassen kostenfrei ist. 70 Prozent halten die gesetzliche Verpflichtung der Kassen zur Unterstützung ihrer Versicherten für sehr wichtig oder äußerst wichtig.

Diese Ergebnisse hat der AOK-Bundesverband aus Anlass des „Tages der Patientensicherheit“ am 17. September veröffentlicht. Die verwendeten Daten beruhen auf einer Online-Umfrage, an der vom 4. bis zum 7. August 2017 insgesamt 2.063 Personen teilnahmen - davon 1.816 Personen, die gesetzlich krankenversichert sind.

MEHR INFOS:
www.aok-bv.de

Zufriedenheit mit Geburtskliniken

Mütter stellen den Geburtskliniken in Deutschland insgesamt ein gutes Zeugnis aus. Dies geht aus einer Analyse der Krankenkassen AOK und BARMER sowie der „Weissen Liste“, einem Projekt der Bertelsmann Stiftung, hervor. Die Weiterempfehlungsrate liegt im Schnitt bei 83 Prozent. Die Geburtskliniken in Deutschland leisten nach Wahrnehmung der befragten Frauen, die dort entbunden haben, insgesamt gute Arbeit. Es gibt jedoch deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Kliniken. Während zwei von drei Kliniken Zufriedenheitswerte von über 80 Prozent erreichen, fällt rund jede zehnte Klinik unter 75 Prozent. Einzelne Kliniken schneiden besonders schlecht ab und erreichen nur eine Weiterempfehlungsrate von etwa 60 Prozent. Deshalb sollten werdende Eltern bei ihrer Klinikwahl gezielt vergleichen, so der Apell der Intiatoren der Befragung.

Für die Analyse wurden Versicherte von AOK und BARMER wenige Wochen nach ihrem Krankenhausaufenthalt befragt. Bislang liefert die 2014 begonnene Befragung auf der Grund-

https://doi.org/10.5771/1611-5821-2017-5-4
Generiert durch IP '3.147.43.246', am 12.10.2024, 10:50:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

lage eines wissenschaftlich entwickelten Fragebogens Ergebnisse zu 508 der derzeit bundesweit rund 700 vorhandenen Geburtskliniken. Voraussetzung für eine Ergebnisveröffentlichung sind mindestens 50 ausgefüllte Fragebögen pro Geburtsklinik. In den Regionen Rheinland, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen-Anhalt wurden bisher nur wenige Versicherte befragt, so dass hier zurzeit nur Ergebnisse einzelner Kliniken freigeschaltet sind.

MEHR INFOS:
www.weisse-liste.de

Demografischer Wandel und Erwerbsbeteiligung

Das *Deutsche Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW Berlin) veröffentlichte im August eine aktuelle Studie zum Demografischen Wandel und Erwerbsbeteiligung. Ergebnis: Insbesondere mehr Frauen und ältere Menschen nehmen am Arbeitsmarkt teil. Zugewanderte aus der EU haben eine höhere Erwerbsbeteiligung als Deutsche.

Die Studie zeigt, dass Deutschland bislang den demografischen Wandel durch eine höhere Erwerbsbeteiligung kompensieren konnte. Demnach ist die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte im vergangenen Jahrzehnt gestiegen – obwohl die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) abnimmt. Insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen nahm spürbar zu. Die DIW-Forscher plädieren deshalb dafür, dass das Potential der Älteren nicht durch politisch motivierte Fehlanreize wie Frühverrentung oder Altersteilzeit vorzeitig verloren geht. Die Zuwanderung nach Deutschland – vor allem aus der EU – hatte in jüngerer Zeit einen deutlichen Effekt auf das Erwerbspersonenpotential. Vor allem viele Unter-30-Jährige sind aus EU-Ländern nach Deutschland gekommen und deren Erwerbsbeteiligung ist seit 2011 gestiegen, während sie bei den jungen Deutschen im Alter von 15 bis 29 sank.

Die Modellrechnungen der DIW-Wissenschaftler zeigen: Deutschland wird im Hinblick auf das Erwerbspersonenpotential weiterhin auf Zuwanderung angewiesen sein. Bei allen berechneten Szenarien schrumpft das Erwerbspersonenpotential bis 2040 – es variieren lediglich Ausmaß und Zeitpunkt. Selbst bei Wanderungsgewinnen von jährlich 200.000 Personen ist mit einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials zu rechnen, so das DIW Berlin. Die Studienautoren plädieren deshalb dafür, dass mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter nach Deutschland kommen.

MEHR INFOS:
www.diw.de

Europäischer Rechtsrahmen für soziale Grundsicherungssysteme

Das *Bundesministerium für Arbeit und Soziales* (BMAS) hat im September ein Gutachten veröffentlicht, in dem die Rechtsgrundlagen für einen europäischen Rechtsrahmen für soziale Grundsicherungssysteme in den Mitgliedstaaten geprüft werden. Autor des Gutachtens ist Professor Thorsten Kingreen aus Regensburg. Nach seiner Einschätzung muss ein verbindlicher EU-Rechtsrahmen für soziale Grundsicherungssysteme in den EU-Mitgliedstaaten zwei Elemente enthalten:

- Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ein soziales Grundsicherungssystem aufweisen;
- Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren zur Bestimmung und Anpassung der Grundsicherungsleistungen festlegen.

Das Gutachten schlägt zugleich verschiedene Modelle vor, wie eine Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme bereits in einer Richtlinie angelegt werden könnte. Es soll einen Anstoß für Überlegungen geben, welche Schritte auf europäischer Ebene eingeleitet werden könnten, um in allen EU-Mitgliedstaaten die Einführung oder Verbesserung sozialer Grundsicherungssysteme voranzubringen.

MEHR INFOS:
www.bmas.de

TRENDS & FACTS wurden zusammengestellt und bearbeitet von Erwin Dehlinger

Eigensinn und Streik

Umkämpfte Reformen im Kita-Bereich
Veränderte Arbeitsprozesse, alltägliche Aushandlungen und Streiks von Kita-Fachkräften
Von Dr. Stefan Kerber-Clasen
2017, 279 S., brosch., 54,– €
ISBN 978-3-8487-3750-5
eISBN 978-3-8452-8058-5
nomos-shop.de/28825

Der Kita-Bereich in Deutschland wird gegenwärtig grundlegend reformiert. Wie die pädagogischen Fachkräfte diese Reformen in den Kitas erleben, wie sie diese aushandeln und eigensinnig ausgestalten, steht im Mittelpunkt dieses Buches. Aufbauend auf Erkenntnissen der Arbeits-, Sozialstaats- und Industrial-Relations-Forschung verdeutlicht der Autor anhand einer Intensivfallstudie in einer Kita den Preis und den Aushandlungscharakter der Reformen.

»gut strukturierte und lesenswerte Lektüre, die einen eingehenden Einblick in die Reorganisationsprozesse der AkteurInnen in Kitas liefert.«
Agata Skalska, socialnet.de 7/2017

Nomos eLibrary

Nomos

https://doi.org/10.5771/1611-5821-2017-5-4
Generiert durch IP '3.147.43.246', am 12.10.2024, 10:50:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.